

Friedenspolitik à la SPD

Alles genehmigt: Deutsche Rüstungsindustrie exportiert auf hohem Niveau

Susan Bonath

»Sozialdemokratische Außenpolitik ist Friedenspolitik«, bejubelte die SPD vor zwei Jahren in einer Pressemitteilung den Antritt der »schwarz-roten« Regierung. Ab sofort, versicherte der damals frischgebackene Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), würden Ausfuhren von Waffen an Drittstaaten nicht mehr genehmigt. Exporte aufgrund wirtschaftlichen Interesses seien künftig passé, alles werde transparenter. Das habe seine Partei im Koalitionsvertrag mit CDU/CSU festgelegt. Doch das Gegenteil ist der Fall, wie zuerst Springers *Welt online* am Dienstag abend berichtete. Der Redaktion liege ein 44seitiger Zwischenbericht der Bundesregierung vor, den das Kabinett am heutigen Mittwoch beschließen soll. Danach haben deutsche Konzerne bereits im ersten Halbjahr 2015 so viele Rüstungsgüter wie im gesamten Vorjahr mit einem Wert von gut 6,5 Milliarden Euro exportiert. Auch Staaten außerhalb von EU und NATO wurden ausgiebig bedient.

Laut Bericht entfällt der größte Anteil von 3,5 Milliarden Euro auf Einzelausfuhrgenehmigungen. Im ersten Halbjahr 2014 waren es noch 2,2 Milliarden und insgesamt 3,97 Milliarden gewesen. Knapp die Hälfte dieser Exporte von Januar bis Juni 2015 im Wert von 1,67 Milliarden Euro ging an Drittländer, wie es weiter heißt. Bedient worden seien auch Saudi-Arabien, Kuwait, Israel, Syrien, der Irak, Russland und die Vereinigten Arabischen Emirate. Letztere hätten unter anderem 3.000 Maschinenpistolen im Wert von 3,5 Millionen Euro erhalten. Somit bescherten Lieferungen an Drittstaaten den Konzernen in dem Halbjahr eine Viertelmilliarde Euro mehr als 2014 insgesamt. Damals waren Exporte in Höhe von 1,42 Milliarden Euro genehmigt worden. Der starke Anstieg sei vor allem auf eine U-Boot-Lieferung nach Israel für gut 400 Millionen Euro zurückzuführen, fasst die Bundesregierung in ihrem Papier zusammen. Dieser Deal sei bereits 2003 abgesprochen worden. Deshalb gebe es für die große Koalition »keinen Anlass zur Besorgnis«.

Die restlichen 1,83 Milliarden Euro im Rahmen der Einzelgenehmigungen flossen dem Bericht zufolge durch Geschäfte mit »Bündnispartnern« in die Taschen der deutschen Rüstungsindustrie. 34,8 Prozent davon betreffen Exporte nach Großbritannien, darunter vier Tanklastflugzeuge. Daneben habe das Parlament 37 Sammelausfuhrgenehmigungen im Wert von 3,045 Milliarden Euro für das erste Halbjahr 2015 erteilt. Hierbei handele es sich hauptsächlich um Kriegsgeräte für EU- und NATO-Staaten »im Rahmen wehrtechnischer Kooperationen«. Lediglich der Anteil an Kleinwaffen sei gesunken, heißt es. Von Januar bis Juni hätten deutsche Waffenproduzenten Pistolen und Gewehre für 12,4 Millionen Euro exportiert, im gleichen Vorjahreszeitraum habe deren Wert noch 21,3 Millionen Euro betragen. Gut die Hälfte davon sei vor allem in die USA, die Schweiz, die Niederlande und Frankreich gegangen. Insgesamt habe der Bundessicherheitsrat 44 Anträge auf Waffenexporte abgelehnt, allerdings lediglich im Wert von 1,93 Milliarden Euro. Demnächst könnte es zudem noch schwieriger werden, die Rüstungsexporte zu kontrollieren. Denn die Panzerbauer Krauss-Maffei aus Deutschland und Nexter aus Frankreich wollen fusionieren.

Der Koalitionsvertrag selbst könnte Gabriel ins Schlingern bringen. Denn darin geht es auch um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Geschätzte 100.000 Jobs hängen in Deutschland alleine an der Rüstungsindustrie. Vor

einigen Monaten definierte die große Koalition noch einträchtig den Sinn dieser Branche: Die Bundesrepublik brauche die Waffenschmieden, um »die Bundeswehr mit Schlüsseltechnologien zu versorgen«.

<http://www.jungewelt.de/2015/10-21/018.php>